

PD - Berater der öffentlichen Hand

Dieser Artikel ist unvollständig! Helfen Sie mit ihm zu verbessern!

Firmiert auch unter dem älteren Namen: **Partnerschaften Deutschland** (PDG).
Die ÖPP Deutschland AG

Beratungsfirma, an der der Staat und zugleich Großbanken Baukonzerne und Berater

berät Städte, Kommunen, Länder und den Bund zu Privatisierungen gemeinschaftlichem Eigentums

Die sogenannten Begutachtungen durch die ÖPP Deutschland AG sollen zur Regel werden. Sie sollen zu einem möglichst unhinterfragten TÜV in Sachen **öffentlich-privater Partnerschaften** werden.

bezeichnet sich selbst als unabhängiges Beratungsunternehmen ist selber ein ÖPP-Projekt mit Beteiligung von denjenigen Unternehmen, die ein wirtschaftliches Interesse haben, ÖPP-Projekte zu realisieren

Strategiepapier von Klaus Droste, Topmanager der **Deutschen Bank** am 13.02.2007, aus dem taz zitiert schlägt vor, "die Schaffung einer von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand getragenen Beratungsgesellschaft für PPP-Projekte - Arbeitstitel 'Partnerschaften Deutschland GmbH (PDG)' - mit maßgeschneidertem Auftrag und Struktur." Das Strategiepapier erarbeite Droste im Auftrag der **Initiative Finanzstandort Deutschland** (IFD). Ideal, denn "die enge Anbindung an das BMF" sei "entscheidend", so Droste. Daraus ergebe sich eine "abgeleitete Macht: Die PDG muss Schlagkraft erhalten idealerweise durch die Etablierung von ‚abgeleitetem‘ formalem und informellem Einfluss über vom BMF gesteuerte Anreiz- und Sanktionsmechanismen", heißt es unverhohlen.

Die IFD hatte **Freshfields Bruckhaus Deringer** mit der juristischen Konstruktion der ÖPP Deutschland AG beauftragt. Die legt am 05.07.2007 ein 229-seitiges Gutachten vor. Darin geht es unter anderem darum, wie für die Kommunen die Beratung durch die ÖPP Deutschland AG nahezu zum Zwang wird. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände unterzeichnen demnach eine "Rahmenvereinbarung" mit der ÖPP Deutschland AG. Die Kommunen können dann bei allen Partnerprojekten "möglichst unkompliziert und u. U. sehr schnell ohne vorherige, ggf. europaweite Ausschreibung der Beraterleistung auf die PDG zurückgreifen." taz

Wille zur Beschneidung gesetzlicher Kontrollinstanzen Die gesetzliche Aufsicht soll ausgehebelt werden. Auch bezogen auf die lästigen Rechnungshöfe gibt es einen Vorschlag: "Danach kann der Bundesrechnungshof nach seinem Ermessen die Prüfung beschränken und Rechnungen ungeprüft lassen. Entsprechende Vorschriften gibt es auf Länderebene." Die Anregung: "dass der jeweilige Rechnungshof z. B. auf eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsberechnung ... verzichten kann, weil er keinen Anlass für die Fehlerhaftigkeit der Berechnung der PDG sieht und von deren Fehlerlosigkeit ausgeht". Und zusammenfassend: "Die Zertifizierungswirkung gegenüber den Kommunalaufsichten könnte sich dahingehend entfalten, dass die Kommunalaufsicht bei PPP-Projekten, die von der PDG beraten wurden, ihren Prüfungsmaßstab verringert oder diesen PPP-Projekte grundsätzlich ohne Prüfung zustimmt." Die Innenministerien der Länder könnten eine Weisung erteilen: "Die Prüfaufsicht könnte also durch Verwaltungsvorschrift beschränkt werden."

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	2
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	2
2.1 Vorstand	2
2.2 Direktorium	3
2.3 Aufsichtsrat	3
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	3
4 Fallbeispiele und Kritik	3
5 Zitate	3
6 Einzelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

Die ÖPP Deutschland AG wurde am 11. November 2008 gegründet und ist seit Anfang 2009 operativ tätig.^[1]

Der Geschäftszweck der ÖPP Deutschland AG ist, laut ihrer Selbstdarstellung, den Markt für wirtschaftliche Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in Deutschland zu öffnen. Dazu beraten sie ausschließlich öffentliche Auftraggeber (Bund, Länder, Gemeinden u. a.).^[2]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Gesellschafter der ÖPP Deutschland Aktiengesellschaft:

Staat hält 57%

- (Gesellschafter: Bund, Land Hessen

Land Mecklenburg-Vorpommern Land Nordrhein-Westfalen Land Schleswig-Holstein Deutscher Landkreistag
Deutscher Städtetag Deutscher Städte- und Gemeindebund Quelle: ^[3]

43% private Wirtschaft

- ca. 70 Firmen, u.a.: Deutsche Bank, Commerzbank, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, Bundesverband Public Private Partnership, Arvato, Bilfinger Berger, Dussmann Service, Hochtief Concessions, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie

Quelle:^[4]

Vorstand

- Bernward Kulle, zuletzt Vorstandsmitglied bei der Hochtief Concessions AG

- Johannes Schuy, zuvor im **Bundesministerium der Finanzen** Leiter des Haushaltsbereichs Investitionshaushalte sowie der Projektarbeitsgruppe ÖPP

Stand: Januar 2012, Quelle: ^[5]

Direktorium

- Karl-Heinz Heller, zuvor langjähriger Referatsleiter im **Bundesministerium der Finanzen**
- Burkhard Landré
- Claus Wechselmann, zuletzt bei **IBM** Deutschland als Manager für strategische Geschäftsentwicklung im Public Sector

Stand: Januar 2012, Quelle: ^[6]

Aufsichtsrat

- Jan Mücke, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Parl. Staatssekretär beim **Bundesverkehrsministerium**
- **Hannes Rehm**, Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates, Präsident der IHK Hannover, Ex-Sprecher des Leitungsausschusses des **Soffin**
- Gisela Otto, Unterabteilungsleiterin VIII A im **Bundesministerium der Finanzen**
- Stéphane Beemelmans, Staatssekretär im **Bundesministerium der Verteidigung**
- Patrick Opdenhövel, Abteilungsleiter im Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
- Matthias Wohltmann, Beigeordneter, Deutscher Landkreistag
- Gerhard Becher, Geschäftsführer der Becher GmbH & Co. KG
- Franz Drey, Stellv. Chefredakteur des **Behörden Spiegel**
- Hermann Schulte-Hiltrop, Hauptgeschäftsführer der Bauverbände Westfalen

Stand: Januar 2012, Quelle: ^[7]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Fallbeispiele und Kritik

Im September 2011 veröffentlichter gemeinsamer Bericht der Landesrechnungshöfe über öffentlich-private Partnerschaften <http://www.brandenburg.de/landesrechnungshof/dokumente/upload/Erfahrungsbericht%20OEP%202011.pdf> die dort untersuchten Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro erwiesen sich als eher nachteilig für die öffentlichen Auftraggeber.

Zitate

taz: "Kritiker sagen, mit der ÖPP Deutschland AG würde erstmals der Staat für den Lobbyismus der Industrie selbst aufkommen" S.2

Einzelnachweise

1. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 30.01.2012
2. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 01.02.2012
3. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 01.02.2012
4. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 01.02.2012
5. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 01.02.2012
6. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 01.02.2012
7. ↑ [ÖPP-Webseite](#) abgerufen am 30.01.2012